

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 2

Artikel: Eurokommunismus : Gefahr oder Chance?
Autor: Vogel, Paul Ignaz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347512>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eurokommunismus — Gefahr oder Chance?

Droht uns ein Josef Stalin als Über-Grossvater für ganz Europa?

Ein Gespenst geht um in Europa.

Es ist das Gespenst des Eurokommunismus.

Ist es ein Gespenst für das westliche Bündnissystem? Ist es ein Gespenst für das Sicherheitsbedürfnis des Ostblocks? Ist der Eurokommunismus ein Gespenst für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung? Ist er ein trojanisches Pferd für die bürgerlichen Demokratien? Oder gelingt es, mit dem Eurokommunismus die kommunistische Weltbewegung zu spalten?

Über das Thema «Eurokommunismus – Herausforderung an Europa» wurde am 43. Jahreskongress der Europaunion gesprochen, der am 26. und 27. November 1977 in Lugano abgehalten wurde. Die internationale Besetzung der Referentenliste war respektabel und bewies einmal mehr, wie sehr man einer europäischen Sicht der Dinge bedarf, die Eigenständigkeit vertritt und über das Niveau von atlantischen oder sowjetischen Sicherheitsexperten hinausgeht.

Herausforderung an Europa

Die Ära Kissinger ist zu Ende. Auch jenseits des Atlantiks beginnt man, die innere Situation in einigen westeuropäischen Ländern entspannter, «relaxed» anzusehen. Unter der Administration Carter wird grundsätzlich das sorgfältige Heranziehen von grossen kommunistischen Machtgruppierungen zur Beteiligung an der demokratischen Regierungsverantwortung nicht mehr vollkommen ausgeschlossen. Tagungsreferent und Geschichtsprofessor Theodor Leuenberger von der Hochschule für Wirtschaft und Sozialwissenschaften in St. Gallen erwähnte die nordamerikanischen Kriterien für die Akzeptierung kommunistischer Parteien an der Macht westlicher Demokratien in Europa. Es seien vor allem ihre Haltung gegenüber Moskau, ihre differenzierte Position und auch die Frage, ob sie gegenüber der NATO loyal sein würden, ausschlaggebend. Washingtoner NATO-Experten befürworten den Zusammenschluss der Eurokommunisten in einer eigenen Organisationsstruktur, um die Unabhängigkeit gegenüber der Moskauer Zentrale tatsächlich zu vollziehen. Hier stellt sich die Frage: Will man Spaltung, um mehr Sicherheit zu haben?

Eurokommunismus als politische Erscheinung

In drei europäischen Ländern gedeiht der Eurokommunismus besonders, in Italien, Frankreich und Spanien. Dass aber der Eurokommunismus nicht nur ein geographischer, sondern ein politischer Begriff geworden ist, hob Dr. Heinz Timmermann vom «Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien» in Köln hervor. Beim Eurokommunis-

mus gehe es um das neue Verhältnis, welches kommunistische Parteien gegenüber einem bürgerlichen Staat einnehmen möchten, unter gleichzeitiger Ablehnung von organisatorischer und ideologischer Abhängigkeit von der KPdSU. So weise auch die Kommunistische Partei Japans typische «eurokommunistische» Merkmale auf. Eurokommunisten lehnten die bürgerlichen Grundrechte und Freiheiten nicht als Instrument eines Klassenstaates ab, sondern hätten diese sogar in ihrem Sozialismusmodell integriert, das vor allem die ökonomische Demokratie anstrebt. Doch stünden die Bekenntnisse der Eurokommunisten zugunsten der demokratischen Freiheiten und Rechte oft im Widerspruch zur innerparteilichen Willensbildung. In Ländern wie Italien, Frankreich und Spanien wird der Eurokommunismus oft selbst von bürgerlichen Regierung stillschweigend als stabilisierendes Element angesehen, und es wäre darum falsch, im Eurokommunismus ein raffiniert angelegtes Täuschungsmanöver zu sehen. Die Schwäche der Eurokommunisten besteht darin, dass sie die sowjetische Aussenpolitik vollkommen unkritisch einschätzen. Die positive Entwicklung des Eurokommunismus hängt darum auch vom aussenpolitischen Umfeld der Länder ab, in denen der Eurokommunismus stark geworden ist.

Gemeinsamer antifaschistischer Kampf in Italien

Nebst italienischen Referenten der «Democrazia Christiana», der Republikanischen Partei, verschiedenen Parlamentariern und Journalisten sprach am Europa-Union-Kongress in Lugano auch Professor Lombardo-Radice, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens. Er erinnerte daran, dass in seinem Land die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und bürgerlichen Demokraten eine lange Vorgeschichte hätte; vor mehr als vierzig Jahren hatte Togliatti den gemeinsamen antifaschistischen Kampf verlangt; Stalin bekämpfte jedoch die Volksfront. Mit dem gemeinsamen Kampf gegen Mussolini und Hitler ging die Sache der Demokratie vorwärts, aber auch die «rote Sache» entwickelte sich dabei. Die Kommunistische Partei Italiens hätte jedoch nie eine Art «westfälischen Frieden» (*cuius regio, eius religio*) angestrebt, sondern sie fordere einen wirklichkeitsbezogenen Sozialismus überall gemäss den historischen Gegebenheiten, um das kapitalistische System zu überwinden.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die taktischen Kehrtwendungen der eurokommunistischen Parteizentralen aus dem Willen der zentralistischen Führungsspitze gekommen seien, die Parteibasis hatte dazu nichts zu sagen. So wurde ja auch der «compromesso storico» von Berlinguer «ex cathedra» verkündet. Massimo Salvador, Professor für Geschichte an der Universität Turin, erinnerte an die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung um 1920. Eine neue Einheit sei nun möglich geworden, allerdings dann, wenn es den Beteiligten um die Qualität der Arbeiterbewegung und weniger um jene des Staates ginge; eine neue

internationale Zentrale sei nicht nötig. Wichtig sind die Fragen: Wie tragen die Eurokommunisten ihre ideologischen Gegensätze aus und wie analysieren sie die internen Gegensätze der sowjetischen Gesellschaft? Wie halten sie es mit den Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien? Und wie ehrlich wollen die Eurokommunisten die soziale Entwicklung in ihrem Land beeinflussen? Vorderhand sei noch ein Kritikdefizit der Kommunistischen Partei Italiens gegenüber der KPdSU feststellbar; doch räumte Professor Salvadori ein, dass die Gefahr für die bürgerlichen Freiheiten und die Republik in Italien nicht von den Kommunisten, sondern von putschgerigen rechten Ministern und Generälen ausgegangen sei. Die «Democrazia Christiana» hätte in Italien ein Beispiel für schlechte Regierung und unsoziale Entwicklung gegeben.

Frankreichs zerbrochene Linksunion

Zum Thema «Chancen und Hemmnisse der Linksunion in Frankreich und ihre Auswirkungen auf die europäische Integration und das westliche Bündnissystem» sprach Maurice Duverger, Professor an der Sorbonne und Direktor des «Centre d'analyse comparative des systèmes politiques» in Paris. Die Linksunion sei nicht die französische Spielart des Eurokommunismus, vielmehr hätte sie bereits 1962 anlässlich der Parlamentswahlen zu funktionieren begonnen. Die französischen Kommunisten hätten sich dem eurokommunistischen Standpunkt anlässlich des Madrider Treffens vom 2. und 3. März 1977 genähert, als sie schon an den bevorstehenden Bruch der Linksunion dachten. Auftrieb erhalten hatte die Linksunion vor allem durch das schnelle Wachsen der französischen Sozialisten, die gemäss Berechnungen in den Wahlen des Jahres 1978 31 Prozent Stimmen, die Kommunistische Partei Frankreichs jedoch nur 20 Prozent hätten erreichen können. Von den Massen wäre die Regierung einer Linksunion der gegenwärtigen politischen Bewegungslosigkeit vorgezogen worden, allerdings hätte die Linksunion mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten regieren müssen.

Unter dem Vorwand der neuen Diskussion des gemeinsamen Programms und der Erweiterung der Nationalisierungsvorhaben hätte es dann die Kommunistische Partei Frankreichs am 23. September 1977 zum Bruch der Linksunion kommen lassen. Wollte sich die Kommunistische Partei Frankreichs nicht mit der zweiten Rolle in der Linksunion begnügen? War die «Hand Moskaus» im Spiel? Diese Fragen führen zur Analyse des Verhältnisses der französischen Linken zur Aussenpolitik im Bereich der europäischen Integration und der Atlantischen Allianz. Das gemeinsame Programm der Linken in Frankreich befürwortete den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft unter dem Aspekt, dass diese aus der Herrschaft des Grosskapitals herauszuführen und für die Interessen der Arbeiter zu gestalten sei. Die Handlungsfreiheit der französischen Regierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sollte unter allen Umständen

für die Verwirklichung ihres Programms gewahrt werden. Angestrebt wurde von der Linksunion auch eine stufenweise Entwicklung des atlantischen Paktes in ein System der europäischen Sicherheit, bei gleichzeitiger Auflösung des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Paktes. Duverger stellte schliesslich fest, dass in Frankreich in ausserpolitischen Fragen die verschiedenen Standpunkte nicht dem Gegensatz Links-Rechts entsprechen. Euro-Atlantisten sind bei den Anhängern Giscard, bei den Zentristen und bei der Mehrheit der Sozialisten zu finden, für die «nationale Unabhängigkeit» plädierten jedoch scharf die Gaullisten, die Kommunistische Partei und die CERES-Minderheit der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Mit linkskatholischen Kräften in Spanien

Für Manuel Azcárate, Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens, Direktor des theoretischen Organs der Partei und Verantwortlicher für die internationalen Beziehungen, stand im Vordergrund, dass seine Partei während 57 Jahren nur 7 Jahre der Legalität gekannt hatte. Die Volksfront während der 38 Jahre faschistischer Diktatur in Spanien sei durch eine neue Kraft bereichert worden: durch die Arbeit von sozial und kulturell aufgeschlossenen kirchlichen Kreisen. Heute bedürfe Spanien einer Regierung des demokratischen Zentrums, die kommunistische Weltbewegung sei heute pluralistisch, ein Teil davon mache den Eurokommunismus aus. Die sowjetischen Bindungsversuche bezeichnete Azcárate als plump. Einen wichtigen Ansporn zum Eurokommunismus sieht Azcárate in der Intellektuellenbewegung der 68er Jahre, der Machtanspruch des Neokapitalismus wurde damals von der intellektuellen Jugend Europas zerstört. Im Jahre 1968 hatte auch die Invasion der UdSSR in die CSSR stattgefunden, und dies erlaubte es den Europäern, dem sowjetischen Modell als Vorbild endgültig adieu zu sagen. Der bürgerliche Staat verfüge über einen Sozialisationsfaktor, und die Sozialdemokratien hätten in einzelnen westeuropäischen Ländern wichtige Reformen durchgedrückt, jedoch nicht den Kapitalismus verändert. Schliesslich trat der Referent für den Eintritt seines Landes in die Europäische Gemeinschaft ein und sprach sich gegen die Bipolarität der USA und der UdSSR aus. Ein linkes, ausserpolitisch neutralistisches Europa könnte zum wichtigen Partner für die Dritte Welt werden.

Reformismus

Azcárate wies am Treffen von Lugano auch auf eine Stelle über das sowjetische Denken im Buch von Santiago Carrillo «„Eurokommunismus“ und der Staat» hin. Dort stehen folgende Sätze: «Ich sehe schon, wie einige Dogmatiker schreien, das sei der „pure Reformismus“ ... Es ist sehr wahrscheinlich, dass aufgrund des wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsgrades der Länder des Westens dort zwar der Wandlungsprozess

der Staatsmacht auf dem Wege, den wir anstreben, langsamer vor sich geht, dass aber die gesellschaftlichen Veränderungen sehr viel raschere und für das werktätige Volk fühlbarere Ergebnisse zeitigen.»

Fühlbare Erfolge für das werktätige Volk, darum geht es. Man kann nicht der nächsten und übernächsten Generation das Blaue vom Himmel versprechen, die heute lebenden und arbeitenden Menschen aber mit einer «Katastrophentheorie» abspeisen.

Die Tagung der Europa-Union in Lugano war lehrreich und nötig. Schade nur, dass zentrale Themen, wie Arbeitsplätze und Rezession, Sozialgefälle in Europa, europäische Migrationen und Fremdarbeiter, Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften, Entfaltung der Produktivkräfte und soziale Rahmenbedingungen in Ländern mit eurokommunistischen Parteien, nur am Rande gestreift worden sind.

Denn für uns Sozialdemokraten stellt sich die Frage: Warum sind denn die kommunistischen Parteien in Italien, in Frankreich und in Spanien stark geworden?

Das Herangehen an die wirtschaftlichen Probleme

Mit Sicherheit verlangt der demokratische Weg zum Sozialismus einen Prozess ökonomischer Transformationen, der sich von dem, was wir als klassisches Modell ansehen können, unterscheidet: das heisst er verlangt, dass öffentliche und private Eigentumsformen für eine lange Periode nebeneinander bestehen. Auf diese Weise erhält die Etappe der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, die wir in unserem Programm vorsehen, erst ihre ganze Bedeutung. In dieser Phase, die noch nicht der Sozialismus, aber auch nicht mehr die Herrschaft des Monopolkapitals über den Staat ist, gilt es, die schon geschaffenen Produktivkräfte und sozialen Dienstleistungen in grösstmöglicher Masse zu bewahren und die Rolle, die der Privatinitiative während der Übergangsphase zukommt, anzuerkennen.

Es ist gleichzeitig das Hauptziel, die entscheidenden Hebel der Wirtschaft in die Hände der Gesellschaft zu überführen – und zwar in bestimmten Fällen nicht nur in Staatshand, sondern in die der Machtorgane der Nationalitäten, Regionen und Gemeinden –, um die Hegemonie des historischen Blocks der Kräfte der Arbeit und der Kultur in der Übergangsphase zu sichern.

Santiago Carrillo, «Eurokommunismus» und Staat (Hamburg 1977)